



+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++

Hannover, 30.08.2010

## DPOLG SIEHT STELLENHEBUNGEN IN GEFAHR

Vorschlag des PPHR kann zu Verschlechterungen führen

Der Polizeihauptpersonalrat beschloss in seiner Sitzung am 17. August mehrheitlich, einen eigenen Vorschlag zur Festschreibung von Dienstposten in die Diskussion einzubringen <http://www.gdp-salzgitter.de/downloads/ISI-2010-08-25-Info%20PHPR%20zu%20A11.pdf> **Die DPoIG begrüßt dies als längst überfälligen Schritt zur Kompromissbereitschaft.**

Doch beinhaltet der Vorschlag Komponenten, die gravierende Gefahren in sich bergen: So sollen lediglich die im Abschlussbericht aufgeführten 1753 Sockeldienstposten festgeschrieben werden, die Korridordienstposten dagegen, wie bisher, jedem Sachbearbeiter offen stehen. So opfert der PPHR ohne Not **das** zwingende Argument an die Politik für deutliche Stellenhebungen und **das** herausragende Signal für eine deutliche Anhebung von Bewertungsmöglichkeiten.

Denn gerade die Umsetzung des Konzeptes mit Sockel- und Korridordienstposten zwingt die Politik geradezu, schon in 2011 Stellenhebungen bei der Landespolizei vorzusehen. **Das Ergebnis der Landesarbeitsgruppe hat hier überzeugt.** Außerdem lässt schon der Erlass individuelle Lösungen über die Sockel- und Korridordienstposten hinaus zu. Der Vorschlag des PPHR dagegen könnte Politik verleiten, von geplanten Stellenhebungen wieder Abstand zu nehmen.

**"Manchmal will man Gutes, könnte aber Schlimmes anrichten", so der Landesvorsitzende Thomas Kliwer. "Deshalb sollten jetzt alle gemeinsam dafür kämpfen, mit einem konsequenten Dienstpostenkonzept als Grundlage, möglichst schnell Stellenhebungen zu erhalten!"**

Die DPoIG will dies in Absprache mit Innenminister Schünemann in drei Stufen erreichen:

1. Für 2011 60 Hebungen nach A13 und weitere 100 nach A12
2. Bis 2013 Deckungsgleichheit A12/A13 durch weitere Hebungen
3. Mittelfristig Bereitstellung von Planstellen für die festgestellten 3080 Sockel- und Korridordienstposten A11

Alle Hebungen müssen auch zu zusätzlichen Beförderungen nach A10 führen.

**Wir tragen deshalb diesen Vorschlag des PPHR nicht mit!**

Der Geschäftsführende Landesvorstand

Impressum:

DPoIG Niedersachsen - Sedanstraße 18, 30169 Hannover –

Email: [kontakt@dpolg.org](mailto:kontakt@dpolg.org) - webadresse: [www.dpolg.org](http://www.dpolg.org)

verantwortlich: Knut Hallmann - Email: [knut.hallmann@dpolg.org](mailto:knut.hallmann@dpolg.org)

## **Initiativ-Antrag für den CDU-Landesparteitag am 27./28.08.2010**

Antragssteller: CDU-Landesverband Oldenburg

**Der CDU-Landesverband Oldenburg begrüßt das Dienstpostenkonzept A 11 / A 12 der Landesarbeitsgruppe der Polizei** und fordert in diesem Zusammenhang den Innenminister, Herrn Uwe Schünemann auf, bei der Umsetzung des Konzeptes für eine ausgewogene Berücksichtigung des ländlichen Raumes und hier insbesondere der Kommissariate und Polizeistationen zu sorgen. Gerade in der Fläche werden die vorgesehenen Korridorbewertungen die Möglichkeit schaffen, Optionen für die Kolleginnen und Kollegen zu erlangen, wenn diese entsprechend variabel auf die Kommissariate und Stationen verteilt werden. Wichtig dabei ist, den Dienststellenleitern einen weiten Gestaltungsfreiraum hinsichtlich der Zuordnung der Dienstposten einzuräumen (z. B. im Bereich der Führung, des ESD, des KED und auf den Stationen). Zur Umsetzung des Konzeptes ist es dabei zwingend erforderlich, die Schere zwischen den Planstellen und den A 12/ A 13er Dienstposten zu schließen. Daher fordern wir den Innenminister, Herrn Uwe Schünemann und den Finanzminister, Herrn Hartmut Möllring auf, möglichst schnell die Schere (Delta nach Aussage des Innenministers) zu schließen. Die anspruchsvolle Arbeit muss sich in einer adäquaten Besoldung widerspiegeln.

Weiterhin wird die Landesregierung aufgefordert, mittelfristig für Hebungsprogramme im Bereich A 11 zu sorgen, um die Bewertungsmöglichkeiten auszuschöpfen und weitere Möglichkeiten zu schaffen. Im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen ist hier noch erheblicher Nachholbedarf zu verzeichnen, dort sollen künftig ca. 45 % der Planstellen nach A 11 besoldet werden (Niedersachsen liegt derzeit bei ca. 13 %). Langfristiges Ziel der Landesregierung sollte es daher sein, dass für polizeiliche Sachbearbeitung in allen Bereichen ein Anspruch nach A 11 besteht!

(Der Initiativantrag wurde durch die Delegierten des Landesparteitages angenommen!  
die Red.)

Quelle: CDU Niedersachsen vom 30.08.2010

### Erneute Diskussion über Beamtenpensionen

#### **Heesen: „Peinlicher Reigen der Vorurteile“**

Zu mehr Sachlichkeit und Faktentreue hat dbb-Chef Peter Heesen angesichts der erneuten Diskussion über die Beamtenpensionen aufgerufen. „Was sich hier abspielt, ist wieder einmal ein peinlicher Reigen der Vorurteile, an dem sich diesmal erschreckend viele Bundestagsabgeordnete beteiligen, die es eigentlich besser wissen sollten“, sagte der dbb Bundesvorsitzende heute in Berlin zu den Forderungen, angebliche Privilegien der Beamtinnen und Beamten abzuschaffen.

„Frei nach dem Motto ‚Wir lassen uns unsere Vorurteile nicht durch Fakten kaputt machen‘ wird mittels unsachlicher Verkürzung, Übertreibung und Weglassungen wieder einmal der Eindruck erweckt, die Pensionäre bereicherten sich unverhältnismäßig und ungerechtfertigt auf Kosten der Steuerzahler“, kritisierte Heesen. „Durch Wiederholung wird Unsinn aber nicht Wahrheit. Wie jedes Mal, wenn zur

Impressum:

DPoIG Niedersachsen - Sedanstraße 18, 30169 Hannover –

Email: [kontakt@dpolg.org](mailto:kontakt@dpolg.org) - webadresse: [www.dpolg.org](http://www.dpolg.org)

verantwortlich: Knut Hallmann - Email: [knut.hallmann@dpolg.org](mailto:knut.hallmann@dpolg.org)

populistischen Jagd auf die Versorgungsempfänger geblasen wird, verschweigen die Wortführer, dass seit der Wiedervereinigung sämtliche Regelungen und Reformen des Rentenrechts wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen wurden“, betonte Heesen.

„Angefangen bei den erschwerten Bedingungen für das Erreichen des Höchstruhegehaltssatzes über die Übertragung der Regelungen zur Pflegeversicherung, zur Erwerbsminderung und zur Absenkung des Renten- und Pensionsniveaus bis hin zur Einführung von Versorgungsabschlägen haben wir alles mitgemacht“, so Heesen, „und noch viel mehr: Im Ergebnis senken die Pensionäre laut Bundesverfassungsgericht ihr Versorgungsniveau schneller und stärker als Rentnerinnen und Rentner. Auch die Erhöhung des Ruhestandseintrittsalters auf 67 Jahre ist im Bundesbereich und vielen Ländern längst von uns mitgetragener Fakt. Pensionäre müssen ihr Alterseinkommen im Gegensatz zu den Rentnern nach wie vor voll versteuern. Seit 1999 verzichten alle Beamten und Pensionäre regelmäßig auf 0,2 Prozent ihrer Besoldungs- und Pensionserhöhungen zugunsten des Aufbaus einer kapitalgedeckten Rücklage für ihre Altersversorgung. Für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte werden in Bund und zahlreichen Ländern Versorgungsfonds und damit von Beginn an Rücklagen für deren Pensionen gebildet, so dass wir in Sachen Kapitaldeckung schon deutlich zukunftsfester und generationengerechter sind als die gesetzliche Rentenversicherung.“

[http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/dbb-pdf/sieben\\_irrtuemer.pdf](http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/dbb-pdf/sieben_irrtuemer.pdf)

Quelle: dbb vom 30.08.2010

## **Versorgungsrücklage - NBB führt ein Musterverfahren**

Ab dem Haushaltsjahr 2010 werden die Zahlungen in die Versorgungsrücklage des Landes – gespeist durch drei Kürzungen der Bezügeerhöhungen von jeweils 0,2 % (entsprechend der vom DBB Bund seinerzeit begleiteten gesetzlichen Regelung auf der Bundesebene) - eingestellt und gleichzeitig bereits auf die in der Versorgungsrücklage befindlichen Mittel zugegriffen, die bisher bis zum Ende des Jahre 2017 gebunden waren.

Um die Frage, ob die von den drei Kürzungen der Bezügeerhöhungen Betroffenen persönliche Ansprüche geltend machen können, führt der NBB ein Musterverfahren.

Daraus folgt aktuell keinerlei Handlungsempfehlung an unsere Mitglieder. Sollte es im Laufe des Verfahrens bis zum Ende des Jahres aus unserer Sicht notwendig werden, andere Empfehlungen zu geben, werden wir dies rechtzeitig über die Mitgliedsgewerkschaften und –verbände und unsere Publikationen organisieren.

Quelle: NBB vom 16.08.2010

- Ende Newsletter -